

Telegraphische Depeschen und Nachrichten.

Turin, 10. März. Im Senat fand die Discussion über die Anleihe statt. Der Finanzminister antwortete bezüglich der auswärtigen Politik, das Cabinet weise die Anleihe zurück, eine Politik der Enthaltung (*politique abstention*) zu treiben.

Das Ministerium wollte die römische Frage auf ihre Principien zurückführen, auf das Programm Cavour's, auf das Votum des Parlaments; es hat stets erklärt, bereit zu sein, auf der Basis der Nichtintervention zu verhandeln. (Erfolgreicher Beifall.) Das Gesetz wurde mit 116 gegen 5 Stimmen angenommen.

Darmstadt, 10. März. Auf Antrag des Abgeordneten Thudichum sprach die zweite Kammer mit überwiegender Majorität dem preussischen Abgeordnetenhaus ihre Anerkennung aus.

Bern, 10. März. Der Bundesrath hat den Dappenthal-Vertrag mit Frankreich den wienener Congressmächten mitgetheilt.

Krakau, 9. März. Gestern Nachmittag haben acht Insurgenten aus dem russischen Jolantte Baran die vorhandene Barrikade und zwei Säbel weggenommen und sich sodann entfernt. Vom Kriegsschauplatz wird keine Veränderung gemeldet.

Turin, 9. März. „Diritto“ demotiviert die Nachricht, dass Menotti Garibaldi in Bern angekommen; derselbe habe Caprera nicht verlassen. Die griechische Gesandtschaft wurde ausgelassen.

Konstantinopel, 8. März. Der Sultan hat die montenegrinischen Abgesandten sehr gnädig empfangen. Die Erfüllung ihrer Bitte wurde ihnen durch ein Schreiben des Großveziers bekannt gemacht.

Preussen.

10. Sitzung des Herrenhauses. (9. März.)

Präsident Graf Eberhard zu Stolberg-Wernigerode eröffnet die Sitzung nach 1 1/2 Uhr. Das Haus ist sehr leer. — Am Ministerium: Graf zur Lippe, Hr. v. Müllers, Geh. Justiz-Rath Sydow. Mehrere Entschuldigungsgehe werden gelesen (darunter v. Kleist-Nesow, v. Zander).

Vor Eintritt in die Tagesordnung überreicht der Kultusminister in seinem und des Ministers der landwirthschaftlichen Angelegenheiten Namen einen Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung des Gesetzes 213 § 13 des ostpreussischen Provinzialrechts, welcher von der „Neuen Presse“ (eine Naturalienabgabe an die Geistlichen) handelt. Der Minister bemerkt, dass das Bedürfnis der Aufhebung derselben sich bereits seit Decennien fühlbar gemacht und der Provinzial-Landtag den vorgelegten Entwurf gebilligt habe. Derselbe geht an eine besondere Commission von 15 Mitgliedern.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Bericht der Justizcommission über den Gesetzentwurf zur Verbesserung des „Kontraktens- und Hypothekensystems“ im Beirke des Justizsenats Ehrenbreitenstein. Diese Angelegenheit war bekanntlich wegen Unvollständigkeit des vorigen Berichts an die Commission zurückgewiesen. Derselbe hat jetzt zum zweitenmal berichtet und wiederholt die Annahme des Entwurfs mit einigen Abänderungen, mit denen auch die Regierung sich einverstanden erklärt. (Wir haben darüber bereits berichtet.)

Der Berichterstatter Hr. v. Daniels ist wegen eines Unfalles nicht im Stande zu erscheinen. An seiner Stelle übernimmt der Vorsitzende der Commission, Staatsminister a. D. Uhden, das Referat. Außer ihm ergreift zur Generaldiscussion nur Hr. v. Senff-Pilsch das Wort, um der Commission und der Regierung für die Bereitwilligkeit zu danken, mit welcher beide in die nachmalige Beratung des Entwurfs eingetreten und einige Bemerkungen über die Anerkennung zu machen, der sich der Entwurf am Rhein zu erfreuen und die sich in wiederholten Zuschriften ausgesprochen habe. Nach einigen empfehlenden Worten des Regierungskommissars wird der Gesetzentwurf den Vorschlägen der Commission gemäß fast ohne Discussion im Einzelnen und im Ganzen mit sehr überwiegender Majorität angenommen. Nur Graf Rittberg ergreift wiederholt, namentlich zu §§ 5 und 10 das Wort, um auf die Wichtigkeit der darin vertretenen Principien (Publicität und Legalität) aufmerksam zu machen und der Regierungskommissar bemerkt zu der neuen Abänderung des § 19 (unveränderte Beibehaltung der Volontärgesetze), dass dieselbe durch die sonstige Abänderung des Entwurfs geboten sei.

Es folgt der Bericht der Justizcommission über den Gesetzentwurf wegen Einführung der Concursordnung vom 8. Mai und des Aufschlagsgesetzes vom 9. Mai 1855 in dem Beirke Ehrenbreitenstein. Auch hier übernimmt Herr Uhden an Stelle des Herrn v. Daniels die Berichtserstattung. Nach kurzer Besprechung durch ihn und Graf Rittberg wird auch dieser Gesetzentwurf in der wenig veränderten Fassung der Commission ohne Discussion im Einzelnen und im Ganzen angenommen.

Es folgt der erste Bericht der Petitionscommission, die fast überall den Uebergang zur Tagesordnung (nur in zwei Fällen Ueberweisung an die Regierung zur Ermüdung) beantragt hat. Diesen Anträgen schließt sich das Haus ohne Discussion an. Nur zu derjenigen Petition (des Bauers Gieseler) welche die Herbeiführung der Einigung zwischen Preußen, Oesterreich und den deutschen Fürsten bezweckt, nimmt Graf Rittberg das Wort, um die Hoffnung auszusprechen, dass die Regierung auch ohne besondere Anregung seitens des Hauses dieses Ziel erstreben werde.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnung, „geschäftliche Mittheilungen“, kommt nicht zur Verhandlung, da der Referent verhindert ist.

Schluss der Sitzung 1 1/2 Uhr. Nächste Sitzung unbestimmt, vermutlich in der nächsten Woche.

Berlin, 10. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Kreisgerichtsrath August Ferdinand Müller zu Angermünde und dem Landrentmeister Bliessen zu Erfurt den rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife, dem Rittergutsbesitzer Ferdinand Ludwig von Rousselle zu Insterburg den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse, so wie dem Förster Carl Franz Goep zu Peiskerwitz, im Kreise Neumarkt, und dem Polizeibeirer Johann Poppel zu Herbern, im Kreise Lüdinghausen, das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem expedirenden Sekretär Wilberg bei der Ministerial-Militär- und Bau-Commission zu Berlin den Charakter als Kanzleirath zu verleihen; und der von der Stadtverordneten-Versammlung zu Briesen getrossenen Wahl gemäß, den Kaufmann M. S. Lays als ersten, den bisherigen zweiten Beigeordneten C. Hamm wiederum als zweiten, den Eigenthümer Joh. Dückers als dritten und den seitherigen vierten Beigeordneten, Ackerer Mathias Heinrichs, wiederum als vierten Beigeordneten der Stadt Briesen auf sechs Jahre zu bestätigen.

Berlin, 10. März. [Se. Majestät der König] nahmen um 11 Uhr die militärischen Meldungen im Beisein des commandirenden Generals des Garde-Corps, Prinzen von Württemberg, und des Commandanten, General-Lieutenant von Abensleben, entgegen. Vortrag hielten im Laufe des Vormittags der Polizei-Präsident, der General-Lieutenant und General-Adjutant Freiherr von Manteuffel, der General-Feldmarschall Freiherr von Wrangel und der Präsident des Staatsministeriums, v. Bismarck-Schönhausen. Um 2 Uhr begaben sich des Königs Majestät, begleitet von Sr. königl. Hoheit dem Prinzen Albrecht, nach dem Mausoleum in Charlottenburg.

K. C. Berlin, 10. März. [Die Thätigkeit des Abgeordnetenhaus] ist jetzt in das ruhige Geleise der regelmäßigen Erledigung der Geschäfte eingetreten. Im Vordergrund derselben steht die Beratung der Militärnovelle. Obgleich die beiden großen Fractionen einen Beschluss in

dieser Beziehung noch nicht gefasst haben, darf man doch schon jetzt als unabweisbar annehmen, dass sie sich nicht auf eine einfache Verwerfung der Regierungsvorlage beschränken, sondern das Gesetz von 1814 im Sinne und in der Richtung des bekannten liberalen Programms amendiren werden. Damit wird voraussichtlich einige Zeit in der Militärcommission vergehen, und es ist kaum anzunehmen, dass die Beratung im Plenum noch vor Ostern erfolgen kann. Dann erst wird die Budgetcommission in die definitive Beratung des noch rüchständigen Militäretats eintreten können. Die Beratung des Budgets für 1864 würde sich zuletzt anschließen. Bei diesem Sachverhalt sind die Gerüchte über einen frühzeitigen Schluss der Session völlig unbegründet, falls man dabei nicht an einen Schluss denkt, der aus Gründen des Systems beliebt würde. Die letztere Eventualität ist natürlich unberechenbar und kann heute eben so gut erfolgen wie in 4 Wochen.

[Der weitere Fortgang der diplomatischen Campagne wegen der polnischen Frage] kann begreiflicher Weise, wie auf die Stellung Preußens überhaupt, so auch auf die Entwicklung der Session von großem Einfluss sein. Sobald es den Bemühungen der Westmächte gelingen sollte, weiteres und authentisches Material zum Kenntniss der preussisch-russischen Verabredungen an's Licht zu fördern, so gewinnt das Haus der Abgeordneten einen neuen Anlaß, diese ganze Frage einer öffentlichen Discussion zu unterziehen; durch die Debatte von neuem hat es einen so bedeutenden Sieg über seine Gegner in und außer dem Ministerium errungen, dass es nunmehr doppelt verpflichtet ist, die Interessen des Landes durch Rede und Beschluß zu wahren. Der augenblickliche Erfolg kann dabei so wenig bestimmend sein, wie er es neulich gewesen ist: die zäheste Ausdauer in stetig erneuertem Kampf hat das Abgeordnetenhaus — und das Land mit ihm — als die erste politische Pflicht in der jetzigen Bedrängnis des Vaterlandes erkannt.

[Die Unterrichts-Commission des Hauses der Abgeordneten] hat heute den Bericht über eine Anzahl des Unterrichtsgesetzes betreffender Petitionen festgestellt. Aus Anlaß dieser Petitionen sind die im vorigen Jahre von der Commission beantragten, im Hause nicht mehr zur Beratung gekommenen Grundsätze über den Hauptinhalt des zu erlassenden Unterrichtsgesetzes wiederum aufgestellt. In der Schlussresolution ist dem Mißtrauen gegen das jetzige Ministerium gerade in dieser Frage Ausdruck gegeben. Referent ist Abg. Krause (Magdeburg).

[Die verstärkte Gemeinde-Commission des Hauses der Abgeordneten] hat heute die Beratung des von dem Abg. Lette u. Gen. eingebrachten Entwurfs einer Kreisordnung begonnen und die General-Discussion beendet. Seitens der Regierung ist der Wunsch ausgesprochen, man möge lieber ihre Initiative abwarten; sie werde den Provinzial-Landtagen einen Entwurf zur Begutachtung vorlegen. Gegen dies Verfahren ist, als ein verfassungswidriges, lebhafter Einspruch erhoben. — Für die übermorgen beginnende Special-Discussion liegen zahlreiche Amendements des Referenten Abg. Schneider (Wangleben) vor.

Potsdam, 8. März. [Mißtrauensvotum.] Die hiesigen Feudalen bereiten eine Adresse an das Abgeordnetenhaus vor, um letzterem ihr Mißfallen über die Polenbedatte kundzugeben. Die Unterzeichnung ist aber nicht in Fluß zu bringen.

Posen, 10. März. [Gefangene.] Gestern sah man gegen Abend von der Hauptwache aus eine größere Patrouille in der Stärke von ungefähr 30 Mann, geführt von einem Offizier und zwei Unteroffizieren, in beschleunigtem Schritt der Wallstraße zu, so daß allgemein ein größerer Krawall in jenem Stadttheile vermutet wurde. Erst am Warschauer-Thor sah die Menschenmenge, welche sich dem Zuge angeschlossen hatte, die Unrichtigkeit dieser Vermuthung ein, denn dort waren bereits eine Abtheilung von dem in Breschen stehenden Füsilier-Bataillon des 6. Inf.-Regts. und ein Piquet Husaren eingetroffen, in deren Mitte sich 15 gefangene Insurgenten, darunter einige Defonomen und auch Priester, je 2 und 2 an einander gebunden, sowie auch ein Wagen mit einem Kranken befanden; dieselben waren von der obigen Bedeckungsmannschaft von der Grenze aus hierher transportirt worden und hatten eigentlich in dem Städtchen Kositzyn übernachtet sollen. Da jedoch dort bereits am Tage einige Zusammenstöße der Truppen mit der dortigen Bevölkerung stattgefunden hatten, wobei einem der Soldaten sein Bayonnet abhanden gekommen war, und man deshalb befürchtete, daß die Ortsbewohner in der Nacht einen Versuch zur Befreiung der Gefangenen machen würden, so wurde der Marsch gestern noch bis hieher fortgesetzt, nachdem das Eintreffen des Transportes durch zwei vorausgeschickte Husaren Nachmittags dem hiesigen General-Commando gemeldet worden war. Am Warschauer-Thor wurden die Bedeckungsmannschaften von der obigen Patrouille abgelöst und begaben sich in die Stadt vor das Commandantur-Gebäude, während die Gefangenen hinten herum an der Festung entlang über die Wallstraße nach dem Kernwerke hin transportirt wurden. Das ungewöhnliche Erscheinen des wreschener Detachements zu so später Stunde lockte auch hier am Wilhelmplatz eine Menge Neugieriger herbei, so daß die Schildwache vor der Commandantur mehrfach ein Zurückweichen der Menge gebot, welchem Befehl auch Folge geleistet wurde. Nur Einer der Umstehenden, der Buchdrucker-Gehilfe Wilhelm Groß von hier, sehr schwermüthig, kam der wiederholten Aufforderung nicht nach, so daß der Posten denselben beim Rücktragen faßte und als Arrestanten in das Schilderhaus bringen wollte, welchem Vorhaben sich der Gepackte jedoch widersetzte, und deshalb von dem Soldaten mit einem Kolbenstoße hineingedrängt wurde. Auf seinen wiederholten Versuch, sich aus der engen Haft zu befreien, versetzte ihm der Soldat zwei Bayonnetstiche, wovon der eine nach ärztlichem Gutachten die Lunge verletzt haben soll. Kurze Zeit darauf erschien eine sechs Mann starke Patrouille, welche den Verwundeten nach der Hauptwache brachte, wo er durch einen herbeigerufenen Polizei-Commissar recognoscirt und darauf entlassen wurde.

Ueber den Vorfall in Kositzyn geht uns die Mittheilung zu, daß dasselbst in Folge einiger von Seiten der Bevölkerung mit den Gefangenen gewechselten Begrüßungen die Soldaten auf letztere schimpften und dadurch Reibungen herbeiführten, welche mit der nicht unerheblichen Verwundung einiger Umstehenden endeten.

Da in den letzten Tagen einige kleine Gefechte zwischen Infanterie und Artillerie der hiesigen Garnison stattgefunden, ist gestern ein Armeecorpsbefehl publicirt worden, der den Soldaten jede Händel verbietet und den Mannschaften ein gutes Betragen empfiehlt. Im Nichtbeachtungsfalle wird angedroht, daß die Soldaten auf 14 Tage in den Kasernen Abends consignirt bleiben.

In dem vor einigen Tagen bei Powiedz zwischen russischen Truppen und den Insurgenten stattgehabten Gefechte hat auch der bei dem hiesigen Appellationsgerichte beschäftigte gewesene Referendar v. Trompczynski, welcher eben im Begriffe stand, das dritte juristische Examen abzulegen, sein Leben eingebüßt. Derselbe, der Sohn eines Rechtsanwalts aus der Provinz, war erst kurz vorher bei den Insurgentenschaaren mit seinem Bruder zusammen eingetroffen und wurde in dem gedachten Gefechte durch eine Kanonenkugel derartig an beiden Beinen verwundet, daß er nicht im Stande war, sich fortzubewegen. Seinen Bruder, der anfänglich versuchte, ihn mit sich fortzuschleppen,

hat er, da dieser Versuch keinen Erfolg hatte, ihn im Stiche zu lassen und sich selbst zu retten, und machte hierauf, um nicht den verfolgten Russen in die Hände zu fallen, seinem Leben dadurch ein Ende, daß er sich mit einem Revolver durch den Kopf schöß. (Sld. 3.)

Münster, 7. März. [Breßprojeß.] Vor den Schranken der Gerichtsabtheilung hiesigen Kreisgerichts stand heute der verantwortliche Redacteur des „Westfälischen Merkur“ Ferdinand Copenrath. Den Gegenstand der Anklage bildete ein am 15. Januar d. J. erschienener Einleitungs-Artikel zur Thronrede, in welchem die in der letzteren angekündigten Regierungsvorlagen, insbesondere die hinsichtlich der Unterstützung der Kämpfer aus den Freiheitskriegen, in einer das königl. Staatsministerium beleidigenden Weise besprochen wurden. Der Gerichtshof nahm den Thatbestand des § 102 des Strafgesetzbuchs als festgestellt an und verurtheilte den Redacteur, welcher den Verfasser nicht angeben zu können erklärte, auf Grund des § 37 des Breßgesetzes vom 12. Mai 1851 wegen Breßvergehens zu einer Geldbuße von 20 Thlr. Der § 101 des Strafgesetzbuchs, welcher von Erregung von Haß und Verachtung gegen „die Anordnungen der Obrigkeit“ handelt, wurde nicht für rechtlich anwendbar erachtet, weil in der Vorlegung des Gesetzentwurfs seitens der Regierung keine — rechtliche bindende „Anordnung der Obrigkeit“ enthalten sei.

Deutschland.

München, 8. März. [Königin Marie.] Die „A. A. Z.“ schreibt: Durch verschiedene Blätter läuft die Angabe, daß die Königin Marie von Neapel alsbald nach Osnabrück die Reise nach Rom antreten werde. In ein hiesiges Blatt will sogar wissen, Sr. Maj. der König Mar werde die hohe Frau bis nach Marseille, vielleicht sogar bis Rom selbst begleiten, nach kurzem Aufenthalt dort aber alsbald hieher zurückkehren. Erstere Angabe ist aber offenbar verfrüht, da noch gar nichts über den Termin der Abreise festgesetzt scheint, und vom zweiten Punkt ist in Kreisen, die man als wohlunterrichtet ansehen darf, nichts bekannt.

Gotha, 8. März. [Wassensendung für Polen.] Dieser Tage ward eine Wassensendung aus England, resp. Belgien, die nach Polen gehen sollte und nicht deflarirt war, von der hiesigen Zoll-Behörde, die davon Kunde erhalten, mit Beschlag belegt. Sie lagern nun bei dem hiesigen Spediteur, und werden einen Transitpoll, ihre ich nicht, 1 Thlr. für das Stück — und es sind ihrer 3500 — zu entrichten haben. Wie man vermuthet, haben die Absender den Weg über Thüringen gewählt, um den Transport von da, statt durch Preußen, durch Baiern und Oesterreich nach Polen zu befördern.

Kassel, 6. März. [Intoleranz.] Bei der gestrigen Verhandlung des Ober-Bürgermeisters Hartwig, die im Hinblick auf die für die Verfassung überstandenen Leiden und Drangsale des Verewigten ganz unwillkürlich zu einer bedeutungsvollen politischen Feier wurde, hatte man erwartet, die israelitische Geistlichkeit mit der christlichen vor dem Leichenwagen einhergehen zu sehen; aber nur die protestantische und die katbolische hatten den Ehrenplatz eingenommen, den ihnen der Magistrat der Stadt angewiesen. Und doch war die gleiche Einladung auch an die Israeliten ergangen! Die israelitische Geistlichkeit hatte es trotzdem vorgezogen, von der für die Einladenden und für die Eingeladenen so ehrenvollen Theilnahme abzustehen, denn ein Regierungsbeschluß, den sie selbst zuvor erhalten zu müssen geglaubt hatte, war solchen Inhalts, daß aus jeder Zeile hervorging, für wie bedenklich man ihr Erscheinen unter den übrigen Geistlichen halten würde. Ja die Regierung hatte es sogar für nothwendig gehalten, die Sache zuvor dem protestantischen Consistorium zu unterbreiten, und das ermangete nicht, es rundweg für unthunlich zu halten, daß die israelitische Geistlichkeit bei der christlichen Leiche mit der christlichen Geistlichkeit ihren Platz vor dem Trauerwagen einnehme. So geschehen im Jahre des Heils 1863! Es wird hier nämlich noch immer ein vor etwa zehn Jahren unter dem Regimente der Herren Hassenpflug und Bismarck ergangener Regierungsbeschluß für maßgebend gehalten, dem diese Entscheidung völlig entsprechen soll. (Fr. 3.)

Hannover, 9. März. [General v. Hedemann.] Der König hat das Gnadengeheiß des Generals v. Hedemann abgefolgt. In Folge dessen ist diesen Vormittag in Gegenwart einer Anzahl Offiziere die Cassation des Generals im großen Saale des Militärhospitals vorgenommen worden. Diese Nacht wird Herr v. Hedemann zum Antritt seiner Strafe in das Zuchthaus nach Celle abgeführt.

Oesterreich.

Wien, 10. März. [Oesterreich. Museum für Kunst und Industrie.] Die „Wiener Zig.“ theilt nachstehendes Handschreiben des Kaisers an den Erzherzog Rainer mit:

„Lieber Herr Vetter Erzherzog Rainer. Da es für den Aufschwung der österreichischen Industrie ein dringendes Bedürfnis ist, den vaterländischen Industriellen die Benützung der Hilfsmittel zu erleichtern, welche die Kunst und Wissenschaft für die Förderung der gewerblichen Thätigkeit, und insbesondere für die Hebung des Geschmacks in so reichem Maße bieten, so finde ich anzuordnen, daß eine Anstalt unter der Benennung: „Oesterreich. Museum für Kunst und Industrie“ ebenfalls gegründet werde. In diesem Museum sind geeignete Gegenstände aus den Sammlungen Meines Hofes, des Kaiserlichen Hof-Belvedere, der Wiener Universität, des hiesigen polytechnischen Instituts und anderer öffentlichen Anstalten in der Art aufzunehmen, daß diese Gegenstände unter Vorbehalt des Eigentumsrechtes dem Museum dargeliehen, und bei ihrer Zurückstellung nach Bedarf gegen andere umgewechselt werden. Zugleich erlaube ich mit Zuversicht von dem bewährten Patriotismus der Gemeinden, insbesondere Meiner Haupt- und Residenzstadt Wien, des Adels und der übrigen bestehenden Publika, daß auch deren wissenschaftliche und Kunstanstalten und Sammlungen in derselben Weise dem Museum werden nutzbar gemacht werden, wie dieses von Seite meiner Meines Hofes der Fall sein wird.“

Da jedoch die Gründung dieses Museums bei der zu ihrem vollen Gebeihen erforderlichen Großartigkeit der Schöpfung jedenfalls einige Zeit in Anspruch nehmen wird, das Bedürfnis nach einem solchen Institute aber vorzugsweise auf dem Gebiete der Kunstindustrie zu Tage getreten ist, so hat die Errichtung der hierauf bezüglichen Abtheilungen des Museums unter Vorbehalt der späteren Erweiterung derselben unverweilt zu erfolgen, und gestatte ich die vorläufige Unterbringung dieser Abtheilung des Museums in dem Ballhause Meiner Hofburg.

Die darin aufzustellenden Kunstwerke sind von Meiner Hofbibliothek, von dem Depot der Bildergalerie am Belvedere, aus den Vorräthen an Lapeten und Mobilien Meiner Hofburg und Meiner Schlösser (Schönbrunn, Laxenburg u. a.), von dem Antikentabine, von der andreaer Sammlung, von Meiner Schatzkammer und von dem Arsenal vor der Belvederelinie auf die angegebene Art zu entnehmen, und es ist die Gemeinde Wien, der Adel und das Publikum aufzufordern, auch aus dem Wiener Gemeinde-Arsenal und aus Privatsammlungen geeignete Kunstwerke dem Museum in derselben Art zeitweise einzuflechten.

Die Kunstwerke sind wohlgeordnet und verzeichnet mit den nöthigen Vorschriften der Beschreibung und dem Subium zu überlassen und es ist den österreichischen Industriellen selbst Gelegenheit zur Ausstellung besonders vorzüglicher Gegenstände zu geben.

Auch ist mit dem Museum eine photographische Anstalt und eine Gipsgießerei in Verbindung zu bringen.

Vor Allem ist jedoch für das Museum ein Statut zu entwerfen, zu dessen Ausarbeitung sowie zur Einleitung aller die Errichtung des Museums vorbereitenden Schritte ich ein provisorisches Comité zu ernennen finde, welches unter dem Vorsitze des Sektionschefs im Staatsministerium Karl Goln von Lewinsky aus dem Schatzmeister Meiner Schatzkammer und Rustos Meines Hofes und Antikentabinees Johann Gabriel Seidl, aus dem Kunstfreier-

